

# „Die Erfolgreichen sollen nicht leiden“

Interview mit Staatssekretär Peer Pasternack über Sparzwänge und Veränderungen

Anfang Februar wurde Dr. Peer Pasternack (parteilos) zum Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin ernannt. Bis dahin arbeitete er als Wissenschaftler am Institut für Hochschulforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Unlängst hatte er mit einer Studie über die Aufarbeitung

Herr Pasternack, in dem Sitzungsmarathon zum Doppelhaushalt im März hat der Senat beschlossen, dass die Hochschulverträge trotz des Sparzwangs nicht angerührt werden. Können sich die Hochschulen nun beruhigt zurücklehnen, sich sicher vor einschneidenden Kürzungen fühlen?

Es war nicht ernsthaft ins Auge gefasst worden, die Hochschulverträge zu brechen. Verträge kann man nicht kündigen, und man sollte sie auch nicht brechen, wenn man das Instrument des Hochschulvertrages für die Zukunft sichern möchte. Wir mussten aber immerhin den Beteiligten den Ernst der Lage massiv vor Augen führen. Der Senat steht also zu den Verpflichtungen, die sich aus den Verträgen ergeben. Auch die dort vereinbarten finanziellen Aufwüchse werden geleistet. Eine akute Kürzungsgefahr besteht insofern nicht. Es gibt aber dennoch keinen Grund, sich zurückzulehnen. Das Problem wird sein, die Zeit nach Ablauf der Hochschulverträge, also nach 2005, vorzubereiten, denn auch die Vertragshochschulen werden zur Haushaltskonsolidierung beitragen müssen. Das heißt, wir werden über Leistungsverdichtungen reden müssen.

Wird es bei der Zahl der Studienplätze Verschiebungen zwischen Universitäten und Fachhochschulen geben?

Es gibt ja bekanntermaßen den politischen Willen, den Fachhochschulsektor zu stärken. Inwieweit das zu Lasten der Universitäten gehen soll, ist noch nicht ausdiskutiert. Im Zuge der Vertragsverhandlungen, die nicht nur die einzelne Hochschule, sondern die Gesamtlandschaft in den Blick nehmen sollen, werden wir das allerdings diskutieren müssen. Wir streben aber an, die Anzahl der Studienplätze zu erhalten. Man wird jedoch die Frage stellen müssen, warum Berlin bei den Kos-

ten pro Absolvent und Absolventin so hoch liegt. Dort vermuten wir Potenziale für Effektivierungen.

Können Sie schon konkret sagen, wo strukturelle Veränderungen in Kultur und Wissenschaft ansetzen?

Das möchten wir gern zusammen mit den Hochschulen diskutieren. Die durch den Zeitdruck erzwungene Intransparenz der soeben bewältigten Haushaltsaufstellung soll nicht die Regel werden.



„Nach 2005 werden auch die Vertragshochschulen zur Konsolidierung des Haushalts beitragen müssen.“

Dr. Peer Pasternack (parteilos), Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin

Ich möchte nicht mit einem fertigen Masterplan in die Debatte gehen, mir liegt an einer ergebnisoffenen Debatte. Es gibt natürlich ein paar politisch favorisierte Prämissen: die Stärkung des Fachhochschulsektors beispielsweise oder der Grundsatz, dass Qualitätsarbeit nicht bestraft werden soll, indem man gerade dort kürzt. Es darf nicht sein, dass gerade die besonders Erfolgreichen – in Ausbildung, Forschung, in der Einwerbung von Sonderforschungsbereichen oder sonstigen Drittmitteln – besonders leiden, etwa weil sie zufällig verfügbar sind, da sie keine Verträge ha-

der DDR an deutschen Universitäten Aufsehen erregt, daneben aber vor allem zu Fragen der Hochschulorganisation und -systemsteuerung publiziert. Nun stellt er seine hochschulpolitischen Kenntnisse in den Dienst Berlins. TU intern fragte ihn, welche Probleme auf die Berliner Forschungslandschaft zukommen.

ben – wie jetzt gerade die Kunsthochschulen im Ostteil der Stadt.

Heißt das, dass viele Expertenkommissionen eingesetzt werden müssen, um Qualität nachzuweisen? Das wäre doch ein sehr langwieriger Prozess.

Unser zentrales Anliegen ist es, die Hochschulverträge als Regelsteuerungsinstrument für alle Hochschulen zu verankern. Wir halten das für ein sehr intelligentes Steuerungsinstrument, das die Autonomie der Hochschulen massiv stärkt. Ein weiterer ganz wichtiger Punkt für uns ist die au-

cherlich nicht eine Kommission nach der nächsten gründen. Das kostet Zeit und verschiebt nur Entscheidungen, während nichts wirklich passiert.

Wie werden die nächsten Schritte in Ihrem Ressort aussehen?

Unser zentrales Anliegen ist es, die Hochschulverträge als Regelsteuerungsinstrument für alle Hochschulen zu verankern. Wir halten das für ein sehr intelligentes Steuerungsinstrument, das die Autonomie der Hochschulen massiv stärkt. Ein weiterer ganz wichtiger Punkt für uns ist die au-

ßeruniversitäre Forschungslandschaft. Wir werden eine „Metaevaluierung“ durch eine Forschungsstrukturkommission durchführen lassen, die auf die zahlreichen Evaluierungen der Institute in den letzten Jahren aufsetzt. Immerhin haben ja fast alle glänzend abgeschnitten. Das war für uns ein entscheidendes Argument in den Haushaltsverhandlungen. Man kann nicht etwas einsparen, das gerade glänzend durch Evaluierungen gegangen ist.

Das heißt, dass die Hochschulen sich mit ihren internen Evaluierungen sehr spüren müssen, um Leistungsfähigkeit und Qualität unter Beweis zu stellen?

Wichtig ist uns zunächst, dass erkennbare Anstrengungen zur Identifizierung von Stärken und Schwächen unternommen werden. Ebenso wichtig sind dann die anschließenden hochschulinternen Optimierungen. Nur so können wir Anhaltspunkte für Qualität und Qualitätssicherung gewinnen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Patricia Pätzold

## Rückblick

### Privatuni mit Stimme in der LRK

/tui/ Als erste Landesrektorenkonferenz in Deutschland hat Nordrhein-Westfalen mit der Universität Witten/Herdecke eine private Hochschule als Vollmitglied aufgenommen. Im Juli 2001 war die Universität als stimmberechtigtes Mitglied bereits in die deutsche Hochschulrektorenkonferenz und im Februar 2002 in den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) aufgenommen worden.

### Medizinexperten tagten

/tui/ Mitte Februar wurde die Expertenkommission gewählt, die dem Senat bis Juni 2002 Vorschläge zur Zukunft des Uniklinikums Benjamin Franklin unterbreiten soll. Mitglieder sind: Guido Adler (Universitätsklinik Ulm), Winfried Benz (ehemaliger Generalsekretär des Wissenschaftsrates), Volker ter Meulen (Universität Würzburg), Ingrid Nümann-Seidewinkel (frühere Hamburger Finanzsenatorin) und Jörg-Rüdiger Siewert (Technische Universität München). Die Kommission traf sich Mitte März erstmalig und hat mittlerweile bereits Fragebögen ausgearbeitet, mit denen sie grundlegende Daten für ihre Arbeit erheben will.

### Essen in renovierter Kantine

/tui/ Mit „Preisen wie vor 20 Jahren“ feierte die Kantine im neunten Stock des Mathematikgebäudes ihre Wiedereröffnung nach monatelangen Umbau- und Sanierungsarbeiten. Inzwischen sind die Preise wieder auf dem Niveau des Jahres 2002.

### Die ersten Juniorprofis Berlins

/tui/ Die ersten sechs Juniorprofessorinnen und -professoren der Hauptstadt erhielten

ihren Ruf an die Humboldt-Universität zu Berlin. Es handelt sich um fünf Mediziner und Medizinerinnen und einen Experten für Fernerkundung. Die Berufungen ohne Habilitation waren möglich geworden durch die Reform des Dienstrechts vom Anfang dieses Jahres. Insgesamt hatten sich 68 junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen um die sechs Stellen beworben.

### Keine Studiengebühren

/tui/ Bundesweit dürfen für das Erststudium keine Studiengebühren erhoben werden. Das beschloss das Bundeskabinett mit der sechsten Novelle des Hochschulrahmengesetzes bereits Ende Februar 2002. Während Bundesministerin Edelgard Bulmahn betonte, Deutschland habe zu wenig Studierende, abschreckende Gebühren schaden dem wirtschaftlichen Fortschritt Deutschlands, kritisierte unter anderem Prof. Dr. Detlef Mueller-Boeling, Leiter des CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) den Kabinettsbeschluss scharf. Man verschenke damit wichtige Erfolgchancen des deutschen Hochschulsystems.

### 1,6 Milliarden für IT-Förderung

/tui/ Vereinfachte Antrags- und Förderverfahren beinhaltet unter anderem das neue Förderprogramm „IT-Forschung 2006“ des Bundesforschungsministeriums. Das Programm hat einen Umfang von 1,6 Milliarden Euro. Vereinfachte Verfahren sollen der Schnelligkeit und rasanten Entwicklung des Internetzeitalters Rechnung tragen. Das Ministerium strebt damit eine weltweite Spitzenposition beim mobilen Internet bis 2006 an. Im Mobilfunkbereich sei Europa, insbesondere Deutschland, den USA schon heute um Jahre voraus.

## Prächtiges aus der TU-Schatzkammer

Der neue Uni-Shop verkauft nicht nur Bürobedarf



Ehrenfried Sell und die Studentin Maite Hagen haben im neuen Unishop ihren Arbeitsplatz

Monatlang war im Foyer des TU-Hauptgebäudes geheimnisvoll gewerkelt worden. Mitte März war es dann endlich so weit: Der rundum gläserne Uni-Shop wurde mit Sekt und Häppchen feierlich eröffnet. Für das leibliche Wohl hatte Pächterin Andrea Laurisch-Schummel gesorgt. Die 41-jährige Geschäftsfrau betreibt bereits ein weiteres Zeichenbedarfs-geschäft in der Nähe des TU-Campus. Aber nicht nur Büromaterial und Zeichengeräte sollen im Foyer verkauft werden.

„Wir haben mit diesem Laden ein besonderes Experiment gewagt“, erklärt TU-Bauamtsleiter Hans-Joachim Rieseberg. Mit dem Laden sei die Verwaltung der TU Berlin als öffentliche In-

stitution erstmalig eine derartige Geschäftsbeziehung mit einem Privatunternehmen eingegangen. Erhältlich sind im Uni-Shop nämlich außer dem täglichen Bedarf der Studierenden, insbesondere der technisch-zeichnerisch Tätigen, auch „Fan-Artikel“ der TU Berlin: Käppis, T-Shirts, Stifte oder Lineale mit TU-Logo. Und als ganz besonderer Leckerbissen sind Bücher und andere Veröffentlichungen aus der Schatzkammer der TU Berlin geplant: Prachtbände und Faksimiles aus der umfangreichen Sammlung historischer Architekturpläne oder Nachdrucke prächtiger historischer Bände über Gartenbau- und Landschaftsgestaltung, die bislang nirgendwo zu erwerben sind. pp

## Stifter wollen selbst entscheiden

Potenzielle Stifter wollen heute immer häufiger ihr Geld schon zu Lebzeiten für Projekte einsetzen. Unter diesen geänderten Voraussetzungen sollten auch die entsprechenden Regelungen reformiert werden. Am 6. Februar 2002 beschloss das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Modernisierung des Stifterrechtes. Die Bundesregierung hofft, durch eine bundeseinheitliche Regelung und die Reduktion der materiellrechtlichen Voraussetzungen die Einrichtung von Stiftungen zu vereinfachen. Über Stiftungsprofessuren, Preis- und Universitätsstiftungen ist auch besonders der Hochschulbereich betroffen.

Wirkliche Reformen würden jedoch nicht gewagt, kritisierte der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft. 88 Prozent der Stiftungen würden heute zu Lebzeiten des Stifters gegründet werden. Die vorgeschlagenen Regelungen schrieben jedoch nur die bisherige Praxis fort. Insbesondere schreibe die Beibehaltung der staatlichen Genehmigung – jetzt „Anerkennung“ genannt – potenzielle Stifter ab.

Der Stifterverband hält eine notarielle Beurkundung dagegen für ausreichend. Voraussetzung für die Einrichtung einer Stiftung sollten nur noch das Stiftungsgeschäft, die Satzung und die Eintragung in das Stiftungsregister sein. Weiterhin sollte der Stifter sowohl die Satzung als auch den Stiftungszweck nachträglich ändern können. So könnten Stifter die Erfahrungen mit der Stiftungstätigkeit kontinuierlich an die Gegebenheiten anpassen und müssten sich nicht auf ewig festlegen.

Weiterhin solle die staatliche Stiftungsaufsicht ruhen, solange der Stifter selbst in der Stiftung mitwirkt, da die Finanzämter die gemeinnützige Verwendung der Stiftungsmittel ohnehin laufend überprüfen. Durch den Rückzug des Staates könne eine Bürgergesellschaft in Deutschland gefördert werden, so der Stifterverband. pog

Internet

www.stifterverband.de

## CHE fordert Vertrauen

Hochschulreformen können nur wirken, wenn Staat, Hochschulen und Gesellschaft vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die Hochschulen müssen sich öffnen, der Staat muss ihnen aber auch die notwendige Autonomie zugestehen. Diese Forderungen stellte das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in seiner jüngst vorgelegten „Berliner Erklärung“. Hochschulen sollten ihre Leistungen durch Evaluation, Ranking, Benchmarking oder Akkreditierung deutlich machen. Doch auch der Staat muss für die unterfinanzierten Massenhochschulen ein verlässlicher Partner sein. All zu oft habe in der Vergangenheit das „gebrochene Wort“ gegolten. tui

www.che.de

## Neue Studierendeninitiative

Fünfzehn Studierende und Beschäftigte der TU Berlin gründeten im März die Initiative „TU Battac“, die der Globalisierung kritisch gegenübersteht und sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft einsetzt. Sie orientiert sich an der 1998 gegründeten internationalen Bewegung „attac“, die mittlerweile auch mit Gewerkschaften und Umweltverbänden zusammenarbeitet. Auch in anderen Berliner Hochschulen gibt es „attac“-Gruppen. Am 6. Mai führt „TU Battac“ eine Auftaktveranstaltung mit Vortrag und Diskussion durch. Referenten sind Prof. Dr. Elmar Altvater (FU Berlin) und Dr. Otto Ullrich (freier Publizist). Anschließend ist eine Diskussion mit den Gästen vorgesehen. Beginn: 18 Uhr, Mathematik-Gebäude, Raum 001. tui